



Der Vorsitzende des  
Haupt- und Finanzausschusses  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 16.03.2017

1. Den Mitgliedern des  
Haupt- und Finanzausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Haupt- und Finanzausschusses  
am Mittwoch, 22. März 2017, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

### Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 08.02.2017

2. 17-F-02-0002

Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2017

Anlage: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0063 vom 16.02.2017

3. 17-F-10-0003

Wiedereinrichtung und Modernisierung von Videoüberwachungsanlagen in Wiesbaden  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 07.02.2017 -

Anlage: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0065 vom 16.02.2017

**4. 17-F-21-0008**

Zuschuss - Infrastruktur des SJR stärken

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU vom 15.03.2017-

Der Stadtjugendring Wiesbaden macht seit Jahren eine hervorragende Jugendarbeit. Unzählige Projekte werden erdacht und zum Leben erweckt, hierdurch entsteht ein unermesslicher Mehrwert für unsere Stadt. Viele dieser Projekte werden durch eingeworbene Drittmittel finanziert, weshalb auch in Zeiten klammer Kassen eine Vielfalt und Qualität in der Arbeit des SJR zu finden ist, die ihresgleichen sucht.

Allerdings fehlt es an wichtigen Stellen an Finanzmitteln. Die Geschäftsstelle des SJR ist veraltet, das Häuschen der Jugendverbände (der "Jungbrunnen") hat noch Bedarfe und auch am Jugendnaturzeltplatz müssen zum Erhalt des naturpädagogischen Konzepts Reparaturen und Instandhaltungen finanziert werden.

Der Ausschuss möge beschließen,

dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 30.000,00 Euro bereitstellt und für die folgende Maßnahme verwendet:

Maßnahme	Kosten
Zuschuss Stadtjugendring	30.000,00 Euro

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

**5. 17-F-33-0002**

Finanzierung der 25 entfristeten OPB (2017)

-Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 13.03.2017-

In Ergänzung zu Beschluss Nr. 0039, Ziffer 2, des Haupt- und Finanzausschusses vom 08. Februar 2017 soll die Finanzierung der durch Beschluss Nr. 0510 der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Dezember 2016 entfristeten 25 Ordnungspolizeibeamtinnen und Ordnungspolizeibeamten (OPB) für das Jahr 2017 sichergestellt werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Maßnahme	Kosten
Finanzierung der 25 entfristeten OPB (2017)	1.100.000,00 Euro

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 1.100.000,00 Euro bereitstellt und für die folgende Maßnahme verwendet:

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

**6. 17-F-10-0005**

Neukreditaufnahme und Verwendung des Haushaltsüberschusses 2016  
-Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 15.03.2017-

Der Haupt- und Finanzausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. für die vorgesehene Kreditaufnahme der LHW von je 5 Mio. Euro für die Jahre 2017, 2018 und 2019 auf einer Festzinsvereinbarung zu bestehen und einen variablen Zinssatz abzulehnen.
2. darzulegen, inwieweit die die vorgesehene Kreditaufnahme der LHW von je 5 Mio. Euro für die Jahre 2017, 2018 und 2019 nicht durch die Verwendung des Haushaltsüberschuss aus dem Jahr 2016 vermieden werden kann.

**7. 17-F-33-0003**

Ausweitung des „Augsburger Modells“ zur Reduzierung der Taubenpopulation (zusätzliche Taubenschläge)  
-Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 13.03.2017-

Zur Regulierung des Stadttaubenbestands setzt die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) das „Augsburger Modell“ um. Im Rahmen des Modells werden an Standorten mit hoher Taubenpopulation betreute Taubenschläge errichtet, in denen die Tauben artgerecht gefüttert und die Eier in den Gelegen durch Gipsattrappen ersetzt werden. Auf diese Weise kann der Taubenbestand schonend und nachhaltig reduziert werden. Derzeit unterhält die LHW vier Taubenschläge, wobei der Schlag am Standort Hauptbahnhof nach Aufforderung durch die DB Station & Service AG sehr wahrscheinlich in nächster Zukunft abgebaut werden muss. Zur wirksamen Reduzierung der Taubenpopulation sind im Bereich der Innenstadt und des Hauptbahnhofs nach Einschätzung des Fachamtes insgesamt zehn bis zwölf Taubenschläge notwendig. Die beantragten Mittel dienen zum Aufbau und zur Einrichtung der restlichen Schläge.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 50.000,00 Euro bereitstellt und für die folgende Maßnahme verwendet:

Maßnahme	Kosten
Ausweitung des „Augsburger Modells“ zur Reduzierung der Taubenpopulation (zusätzliche Taubenschläge)	50.000,00 Euro

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

8. 17-V-20-0004 DL 08/17-2  
Haushaltsplan 2018/2019 - Orientierungsrahmendaten

9. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

10. Verschiedenes

11. 17-V-06-0003 DL 08/17-2 NÖ  
Restrukturierung der Altenpflegegesellschaften

Die Beratung dieser Vorlage erfolgt in nicht öffentlicher Sitzung.

### Tagesordnung II

1. 17-V-06-0002 DL 08/17-1  
Haushaltsauswirkungen durch Flüchtlinge 2015/2016

2. 17-V-06-0004 DL 10/17-4  
Neuausrichtung städtische Altenpflege; Machbarkeitsstudie Moritz-Lang-Haus

3. 17-V-10-0001 DL 13/17-1  
Neubau eines gemeinsamen Bürgerhauses Kastel/Kostheim - Sachstand

4. 17-V-10-0002 DL 10/17-5  
Bürgerhaus Tattersall - Brandschutzsanierung - Grundsatzvorlage

5. 17-V-10-0004 DL 10/17-6  
Bürgerhaus Vereinshaus Breckenheim - Mehrkosten

6. 17-V-10-0006 DL 13/17-2  
Attraktivierungsmaßnahmen in Bürgerhäusern

- |     |   |                     |
|-----|---|---------------------|
| 7.  | 17-V-11-1005  | DL 10/17-7          |
|     | Schaffung einer Planstelle im Personal- und Organisationsamt  |                     |
| 8.  | 17-V-40-0005  | DL 10/17-8          |
|     | Jahresabschluss 2016; IM - Deckungen für Grundschulkinderbetreuung  |                     |
| 9.  | 16-V-40-0034  | DL 10/17-1          |
|     | Übertragung von CO-Budget aus dem Schulamt in die Schulbudgetierung   |                     |
| 10. | 17-V-40-0001  | DL 09/17-2          |
|     | Pakt für den Nachmittag 2017/2018   |                     |
| 11. | 17-V-50-0002  | DL 09/17-3          |
|     | Planstellen Fallmanagement Jugend   |                     |
| 12. | 17-V-51-0005  | DL 14/17-4          |
|     | Pakt für den Nachmittag an der Ludwig-Beck-Schule Betreuende Grundschule als Betreuungsträger ab dem Schuljahr 2017/2018                    |                     |
| 13. | 17-V-52-0001  | DL 14/17-5          |
|     | Sporthalle Wettinerstraße - konzeptionelle Überlegungen eines Neubaus   |                     |
| 14. | 17-V-52-0002  | DL 09/17-5          |
|     | Sporthalle Wilhelm-Leuschner-Schule - Dachsanierung   |                     |
| 15. | 17-V-52-0007  | DL 14/17-6          |
|     | Investitionszuschuss für den Verein für Rasenspiele Wiesbaden e. V. für den Umbau des vereinseigenen Tennisplatzes in einen Kunstrasenplatz |                     |
| 16. | 16-V-66-0227  | DL 14/17-1, 12/17-1 |
|     | Friedrich-Ebert-Allee, Einrichtung von Radverkehrsanlagen   |                     |

- |     |  |            |
|-----|--|------------|
| 17. | 16-V-66-0228   | DL 10/17-2 |
|     | Adolfsallee - Fußgängerquerung auf der Höhe der Matthias-Claudius-Straße |            |
| 18. | 17-V-66-0201   | DL 09/17-7 |
|     | Straßenbeleuchtungsvertrag, Umsetzung der Finanzierung                   |            |
| 19. | 17-V-66-0203   | DL 08/17-4 |
|     | Weißenburgstraße - Fußgängerquerung auf Höhe des Sedanplatzes            |            |
| 20. | 17-V-67-0001   | DL 08/17-5 |
|     | Mitgliedschaft im DWV - "Deutscher-Wildgehege-Verband e. V."             |            |
| 21. | 17-V-67-0002   | DL 08/17-6 |
|     | Zusetzung von Mitteln für die Sanierung von Friedhofsmauern              |            |
| 22. | 17-V-80-8001   | DL 13/17-3 |
|     | Beschäftigungsprojekt Bürokräft EXINA 2017 bis 2019                      |            |

Nicht öffentliche Beratung:

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 23. | 17-V-41-0002   | DL 10/17-1 NÖ |
|     | Kulturzentrum Schlachthof/ Erlass eines Betrauungsakts |               |
| 24. | 17-V-80-2310   | DL 10/17-5 NÖ |
|     | Verkauf Einfamilienhaus Hasenspitz                     |               |

25. 16-V-80-2321

DL 08/17-1 NÖ

Verkauf eines noch zu bildenden Grundstücks im Gebiet Petersweg-Ost

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Belz**  
Vorsitzender







## Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 16. Februar 2017

Antrags-Nr. 17-F-02-0002

**Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden**  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2017

Im Wiesbadener Kurier vom 14. Januar 2017 hat der Wiesbadener Polizeipräsident Stefan Müller für die Erneuerung der Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz plädiert.

Eine veraltete Anlage zu unterhalten, macht keinen Sinn und in Anbetracht dessen, dass im Jahr 2016 64 Straftaten in diesem Bereich registriert wurden, sollte die Videoüberwachung dringend auf den neuesten Stand gebracht werden. Gleichfalls sollten die weiteren Vorschläge des Polizeipräsidenten, die eine Installation von Videoüberwachung auch an anderen Plätzen vorsehen, geprüft werden.

Da die Videoüberwachung aber immer nur eine sinnvolle Ergänzung der Polizeiarbeit und der Aufgaben des Ordnungsamtes darstellt, müssen auch diese originären Bereiche gestärkt werden. Die Abteilung Stadtpolizei ist gemeinsam mit der Landespolizei für die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in Wiesbaden zuständig. Das Aufgabenspektrum der Stadtpolizei ist in den vergangenen Jahren immer breiter geworden und der Vielzahl der Anfragen und Wünsche nach Vorkehrungen und Maßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung auch aus den Ortsbeiräten kann nicht mehr vollumfänglich Folge geleistet werden. Daher muss auch die Landeshauptstadt Wiesbaden im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger einen stärkeren Beitrag für mehr Sicherheit leisten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Stadtpolizei mit ihrem derzeitigen Personalbestand die gestiegenen Aufgaben und Anforderungen sowie den Erwartungen seitens der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vollumfänglich erfüllen kann. Der Magistrat wird gebeten darzulegen, welche personelle und materielle Ausstattung notwendig ist, um den gestiegenen gesetzlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.
2. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten,
  - a. stark frequentierte öffentliche Plätze mit Kameras überwachen und bereits vorhandene Videoüberwachungseinrichtungen auf den neuesten technischen Stand bringen zu lassen,
  - b. die Präsenz der Stadtpolizei in der Öffentlichkeit durch verstärkten Streifendienst zu erhöhen.

---

Beschluss Nr. 0063

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2017 betr.

Videoüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden

wird zur weiteren Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

13. FEB. 2017

1. Dem Vorsitzenden des Haupt- und  
Finanzausschusses mit der Bitte  
um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 22.02.2017

2. Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, 23.02.2017

13. MAR. 2017

Dezernat VII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gierich  
Oberbürgermeister

I/3



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 16. Februar 2017

Antrags-Nr. 17-F-10-0003

Wiedereinrichtung und Modernisierung von Videoüberwachungsanlagen in Wiesbaden  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 07.02.2017 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Die Wiedereinrichtung einer Videoüberwachungsanlage mit digitaler Kamertechnik im Areal rund um den Platz der Deutschen Einheit, inklusive Abdeckung der Haltestellen an der Bleich- und der Schwalbacher Straße, zu veranlassen.
2. Die Modernisierung der Videoüberwachungsanlage auf dem Bahnhofsvorplatz auf einen digitalen Standard, sowie die Aufstockung der Zahl der Kameras, zu veranlassen.
3. Einen Förderantrag zur kommunalen Videoüberwachung beim zuständigen hessischen Ministerium des Innern und für Sport zu stellen.

Beschluss Nr. 0065

Der Antrag der AfD-Fraktion vom 07.02.2017 betr.

Wiedereinrichtung und Modernisierung von Videoüberwachungsanlagen in Wiesbaden

wird zur weiteren Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

03. MÄR. 2017

1. Dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 22.02.2017

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

7

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, 29.02.2017

17.3.2017

Dezernat VII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerrit  
Oberbürgermeister